

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vor vier Jahren war es der Volkstrauertag, an welchem ich erstmals als Bürgermeister dieser Gemeinde eine öffentliche Rede hielt.

Ich war der Überzeugung, dass Tage des Gedenkens an Terror, Krieg und Vertreibung wichtig sind. Dass Erinnerungskultur einen echten Beitrag leistet bei den Bemühungen um Versöhnung und dazu, dass sich Gräuel der Vergangenheit nicht wiederholen.

Doch diese Motivation war sicherlich abstrakt, theoretisch, die Überzeugung eines Politikwissenschaftlers. Denn auch ich hätte nicht gedacht und nicht zu fürchten gewagt, wie sich unsere Welt entwickelt.

Heute, vier Jahre später, ist der Volkstrauertag mehr als ein Gedenktag. In entsetzlicher und niederschmetternder Art und Weise liegen all die Gründe für sein Begehen nicht mehr alleine in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart.

Üblicherweise gedenken wir am Volkstrauertag insbesondere der Opfer der beiden Weltkriege. Beide mit ihren eigenen Schrecken. Während im Ersten Weltkrieg der zunächst euphorische Jubel über Feldzüge alsbald im Dreck, Geschrei

und Blut der Schützengräben unterging, zeigte sich im Zweiten Weltkrieg eine weitere Dimension davon, wie unmenschlich der Mensch sein kann. So ging es nicht mehr nur darum, sich Territorien einzuverleiben und Machtverhältnisse zum eigenen Vorteil zu verschieben. Der Kampf gegen die Zivilbevölkerung, die Vernichtung ganzer Menschengruppen war für die Verbrecher des Nationalsozialismus von mindestens selber Bedeutung wie die Eroberung.

Hinter der Front fand das Unfassbare statt, das aber – und das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen – real war, passiert ist und daher möglich ist. SS und andere militärische Einheiten wüteten. Bei Massenerschießungen starben hunderttausende. Wie in Kamjanez-Podilskyj, wo innerhalb von drei Tagen fast 24.000 Menschen ermordet wurden. Um den Maßstab zu verstehen: Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl unserer Nachbarstadt Weinstadt mit all ihren Ortsteilen.

Und als wäre dem nicht genug, entstanden Lager wie Sobibor, Treblinka, Majdanek, Belzek, Auschwitz. Lager, die zur fabrikmäßigen Tötung von Menschen und der Vernichtung ganzer Volksgruppen geschaffen wurden.

Zwangsarbeit, Massenerschießungen und Vergasung. Das machte aus einem Feldzug einen Vernichtungskrieg.

Die ermordeten Opfer: politisch Verfolgte, Homosexuelle, Volksgruppen wie den Sinti und Roma oder Menschen mit Behinderung sowie sechs Millionen Juden.

Schon im Zusammenhang mit dem Verlauf und Ende des Ersten Weltkriegs wurden antisemitische Lügen propagiert. Jüdinnen und Juden wurden – und das nicht erst seit Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten – verfolgt.

Das Judentum. Damals ein Volk ohne Staat. Man kann den heutigen Staat Israel daher nur verstehen, wenn man sich der Verfolgung und vor allem der vom deutschen Boden ausgegangenen Shoa, dem Holocaust, bewusst ist.

Der Staat Israel ist mehr als eine Nation mit Grenzen, Fahne und demokratischen Strukturen. Dieser Staat ist ein Versprechen des Lebens. Dieser Staat Israel ist die völkerrechtlich verbrieftete Garantie auf das Existenzrecht und Leben der Jüdinnen und Juden auf dieser Welt. Und er gewährleistet ihnen, sich gegen erneute Versuche ihrer Vernichtung zu wehren.

Nur wer dies verinnerlicht und sich damit beschäftigt, versteht, was damit gemeint ist, wenn von der Bundespolitik über

Parteigrenzen hinweg davon gesprochen wird, dass das Existenzrecht Israel deutsche Staatsräson ist.

Nach den schrecklich Anschlägen des 7. Oktober mit seinen zahlreichen Opfern, darunter auch vielen Kindern, folgte in den letzten Wochen eine weitere Entwicklung, die mich und viele weitere Menschen bei uns und weltweit entsetzt: Offen ausgetragener Antisemitismus aus verschiedensten Richtungen. Sei es aus muslimischen Gemeinschaften, von Rechtsaußen, aus der bürgerschaftlichen Mitte oder von angeblich Intellektuellen der Progressive. Wir hören Zweifel an oder gar Ablehnung der Daseinsberechtigung des israelischen Staates, wir hören antisemitische Stereotype und sogar Verschwörungstheorien über die angebliche Macht „der Juden“. Das für mich schlimme dabei: Es ist kein neu entstehender Antisemitismus, sondern bislang verborgener Antisemitismus wird sichtbar.

Wenn sich Menschen in Deutschland nicht mehr sicherfühlen können, weil sie eine Kippa tragen. Wenn Synagogen nur unversehrt bleiben, weil sie dauerhaft bewacht werden. Wenn Davidsterne an Privathäuser und Geschäfte gesprüht werden. Dann ist das – um es klar zu sagen – eine Schande für unsere gesamte Gesellschaft.

„Nie wieder“ ist der Gründungsauftrag unseres Grundgesetzes. Und deswegen ist „Nie wieder“ jetzt.

Bedeutet diese Eindeutigkeit, dass es kein Mitgefühl mit den Menschen im Gazastreifen geben darf? Bedeutet es, dass wir Hilfen für die Palästinenserinnen und Palästinenser ablehnen sollten? Bedeutet es, dass sich Kritik an der Regierungspolitik Israels verbietet? Bedeutet es, dass wir den Traum von Frieden im Nahen Osten und jenen der Koexistenz von Palästinensern und Israelis begraben müssen?

Diese Fragen lassen sich mit einem eindeutigen „nein“ beantworten. Es war und ist legitim, sich für eine Zwei-Staaten-Lösung stark zu machen. Und auch, sich für eine humanitäre Hilfe im Gazastreifen einzusetzen. Man darf und kann die Politik einer jeden Regierung kritisieren, auch der israelischen.

Aber: Niemals kann und darf so getan werden, als gäbe es für die terroristischen Anschläge der Hamas vom 7. Oktober irgendeine Rechtfertigung. Mit keiner Situation, keinem Leid, mit rein gar nichts kann legitimiert werden, wenn Terroristen Siedlungen und Festivals überfallen und dabei etwa 1.500 Menschen, ganz überwiegend Zivilistinnen und Zivilisten, töten, regelrecht massakrieren und zuvor foltern. Ebenso zahlreiche Menschen zu verschleppen. An eine Verurteilung dieser Taten

kann und darf sich kein „aber“ und nicht einmal der Versuch einer Rechtfertigung anschließen.

Es ist die Hamas, die feige gemordet hat, weiterhin Raketen abfeuert und sich dabei nun ebenso feige hinter dem eigenen Volk versteckt. Mit ihr – so viel ist klar – kann und wird es keinen Frieden geben, den die Menschen der Region sich so sehr ersehnen und ihn nach Jahrzehnten des Hasses und der Angst verdienen.

Zugleich dürfen wir nicht zulassen, dass antisemitische Entwicklungen genutzt werden, grundsätzlich gegen Menschen muslimischen Glaubens zu hetzen. Wer dies tut, instrumentalisiert das Leid von Jüdinnen und Juden für eigene menschenverachtende Ziele. Diejenigen, die nun anti-muslimischen Hetze verbreiten, sind nicht selten diejenigen, denen sonst antisemitische Mythen nicht fern sind und die keine Gelegenheit auslassen, Verschwörungstheorien zu verbreiten.

Darauf dürfen wir nicht hereinfallen. Und wir werden darauf nicht hereinfallen.

Die Diskussion um eine friedliche Zukunft in Nahost muss all diese klaren Linien ziehen.

Gemeinsam hoffen wir mit Millionen Menschen auf der Welt, dass sich heutige und womöglich künftige Verantwortungsträger auf beiden Seiten bewusst sind, dass sie Frieden für ihre Völker schaffen können – sofern Sie Hass als Schwäche sowie Verzeihung und Barmherzigkeit als Stärke anerkennen. Das Sterben und Leiden muss enden.

Und dann ist da noch der Krieg auf ukrainischem Gebiet. Ein Krieg, der an die dunklen Zeiten von Imperialismus und Großmachtstreben nicht nur erinnert, sondern in die Neuzeit geführt hat. Mit Folgen für die ganze Welt.

Und während wir auf die laufenden kriegerischen Konflikte blicken, sehen wir bereits mit Sorge die Umrisse weiterer Auseinandersetzungen. Ob in Taiwan, auf der arabischen Halbinsel im Iran und anderswo.

All das ist kein Zufall. Die internationale Ordnung verändert sich. Die vollkommen unterschiedliche Demografie westlicher Gesellschaften und jener des globalen Südens mit komplexen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen; die Auswirkungen des Klimawandels; Migrationsbewegungen oder auch der Bedarf an neuen Rohstoffen wie seltenen Erden sorgen für große Verschiebungen und unterschiedliche Interessen. Gepaart wird dies mit einer neuen und digitalen Informationsgesellschaft mit der Verbreitung von Fake News,

Verschwörungsmythen oder sogar gefälschten Videos und Fotos durch künstliche Intelligenz.

Ohne Zweifel. Das sind mitunter düstere Aussichten. Und dennoch: Berechtigte Hoffnungen sind mehr als Durchhalteparolen. Dafür müssen wir jedoch diese Entwicklungen besser verstehen und auch erklären. Frieden nach innen und nach außen ist möglich. Doch wir müssen verstehen, dass wir alle einen Beitrag dafür leisten können, Verständigung, Toleranz und Fürsorge zu fördern. Ebenso ist ein jeder von uns in der Lage, Hass weiterzubreiten – oder dies eben nicht zu tun.

Wir tragen Verantwortung. Nehmen wir diese wahr. Lassen Sie uns dann laut werden, wenn wir Diskriminierung erleben. Lassen Sie uns dann Einspruch erheben, wenn Lügen erzählt werden. Lassen Sie uns Flagge zeigen, wenn Hass die Straßen dominiert. Lassen Sie uns nicht gleichgültig sein, wenn wir Ungerechtigkeiten erleben. Die Wahrung von Demokratie ist nicht alleine die Aufgabe von Politik und Staat, sondern sie ist Pflicht aller Bürgerinnen und Bürger. Wir können uns selbst nur verteidigen, wenn wir unsere Mitmenschen verteidigen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Lassen Sie uns gemeinsam gedenken.
Derer, die in den Weltkriegen zu Opfern wurden.

Derer, die gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Derer, die auf den Schlachtfeldern der Vergangenheit und Gegenwart geopfert wurden und werden.

Derer, die wegen ihrer Herkunft, persönlicher Eigenschaften, Sexualität, ihrem Glauben oder politischen Überzeugungen verfolgt und ermordet wurden und werden.

Derer, die Hunger und Not leiden durch menschengemachte Kriege und Terror.

Derer, die geliebte Menschen verloren haben.

Und lassen Sie uns denken an:

Jene, die sich für Frieden stark machen.

Jene, die sich um die Opfer von Krieg und Terror kümmern.

Jene, die politische Verantwortung tragen.

Jene, die ihre Hoffnung auf eine bessere Welt nicht aufgeben.

Für Frieden.

Dlya Mir.

Sa Mir.

Min ´ajl alsalam.

Schalom.